



§ 2 Asyl/Sy as 1. C. 2000
Höle des Bundes in Leun-
sich Asylbewerber
Form der Urteils in dem. Inhalt

VERWALTUNGSGERICHT

LEIPZIG

BESCHLUSS

In der Verwaltungsstreitsache

des Herrn [REDACTED]
Staatsangehörigkeit: Türkei

Antragsstellers

g e g e n

die Stadt Leipzig, vertreten durch den Oberbürgermeister, Neues Rathaus, 04007 Leipzig,
GZ: 30.15-VR 469/00-50,

Antragsgegnerin

w e g e n

Leistungen n. d. AsylbLG
hier: Antrag nach § 123 VwGO

hat die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts Leipzig
durch

die Präsidentin des VG Schlichtung,
den Richter am VG Israng und
den Richter am AG Dehousi

am 11. August 2000

b e s c h l o s s e n :

1. Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller vom 10.7.2000 bis einschließlich 10.10.2000 monatlich 157,50 DM als Baubetrag abzüglich bereits zuerkannter Geldleistungen zu gewähren. Die Antragsgegnerin wird zusätzlich verpflichtet, über die Form der darüber hinausgehenden Leistungsgewährung an den Antragsteller unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichtes binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses vorläufig neu zu entscheiden. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

2. Die Kosten des Verfahrens, für das Gerichtskosten nicht erhoben werden, werden gegeneinander aufgehoben.

G r ü n d e

1.

Der Antragsteller begehrt im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes die Verpflichtung der Antragsgegnerin, ihm Leistungen gemäß § 2 Asylbewerberleistungsgesetz - AsylbLG - in Form der Geldleistung zu gewähren.

Der 1952 geborene Antragsteller ist türkischer Staatsbürger und reiste am 5.1.1995 in die Bundesrepublik ein, wo er einen Asylantrag stellte. Seitdem lebt er in Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte seinen Asylantrag mit Bescheid vom 24.5.1995 ab. Seit September 1995 ist der Antragsteller wegen Alkoholsucht und einer paranoiden Erkrankung in psychiatrischer Behandlung. Vom Dezember 1995 bis Juni 1997 erhielt der Antragsteller Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Seit Juli 1997 erhält er Sachleistungen nach § 3 AsylbLG neue Fassung. Mit Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig vom 16.12.1997 wurde die auf Asylgewährung gerichtete Klage des Antragstellers durch das Verwaltungsgericht Leipzig abgewiesen. Auch ein Asylfolgeantrag des Antragstellers blieb ohne Erfolg. Mit Bescheid der Zentralen Ausländerbehörde vom 2.7.1998 erhielt der Antragsteller erstmals eine Duldung wegen Reiseunfähigkeit. Diese wurde in der Folge fortlaufend verlängert. Im Juli 2000 erhielt er weiterhin Sachleistungen und ein Taschengeld in Höhe von 80,00 DM. Widerspruch hat der Antragsteller hiergegen - soweit ersichtlich - bislang nicht erhoben.

Mit Schriftsatz vom 6.7.2000, der am 10.7.2000 beim Verwaltungsgericht Leipzig einging, hat der Antragsteller vorläufigen Rechtsschutz begehrt.

Er trägt vor, er halte sich schon über fünf Jahre in Deutschland auf und werde aus gesundheitlichen Gründen, nämlich wegen Suizidgefahr, hier geduldet. Gleichwohl habe er auch für Juli 2000 lediglich eine Zahlungsanweisung über 80.000 DM Taschengeld erhalten. Er ist der Auffassung, dass ihm erhöhte Leistungen nach § 2 AsylbLG zustünden, die grundsätzlich als Bargeld gewährt werden müssten. Auch unter der Geltung des § 2 Abs. 2 AsylbLG neue Fassung sei vom grundsätzlichen Vorrang der Gewährung von Geldleistungen an Asylberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften auszugehen. Ein Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Innern kehre diesen Vorrang rechtswidrigerweise um. Zuständig zur Entscheidung über die Form der Leistungsgewährung sei allein die Antragsgegnerin, nicht das Regierungspräsidium und das Staatsministerium des Innern. Selbst wenn man jedoch die Gewährung von Sachleistungen für rechtmäßig erachte, müssten ihm mehr als die in Aussicht genommenen 123,70 DM als Barleistungen ausbezahlt werden.

Der Antragsteller beantragt sinngemäß,

die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihm ab Antragstellung bei Gericht Geldleistungen nach Maßgabe des § 2 AsylbLG zu gewähren, hilfsweise, ihm einen Barbetrag von mehr als 123,70 DM monatlich zu gewähren.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Sie trägt vor, der Antragsteller sei zwar leistungsberechtigt nach § 2 AsylbLG. Ein Anspruch auf Auszahlung der erhöhten Leistungen bestehe aber erst nach Bestätigung durch die Ausländerbehörde, die noch nicht vorliege. Die Antragsgegnerin sei durch das Sächsische Staatsministerium des Innern am 22.6.2000 angewiesen worden, für die in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Leistungsberechtigten auch künftig die Leistungen für Verpflegung und Hygiene als Sachleistung zu gewähren und lediglich einen erhöhten Taschengeldbetrag ausbezahlen.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte sowie die von der Antragsgegnerin vorgelegten Verwaltungsvorgänge Bezug genommen.

II.

Der vom Antragsteller gestellte Hauptantrag hat teilweise Erfolg.

1. Der Hauptantrag ist zulässig.

Insbesondere besteht ein streitiges Rechtsverhältnis i.S.v. § 123 Abs. 1 Satz 2 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO, das durch einstweilige Anordnung geregelt werden kann. Die Antragsgegnerin hat die Gewährung der begehrten Geldleistungen, soweit sie den Betrag von 80.000 DM überschreiten, durch die Auszahlung des Taschengeldes in Höhe von 80.000 DM abgelehnt. Die Auszahlung der 80.000 DM beinhaltet stillschweigend die Versagung darüber hinausgehender laufender Barleistungen. Es bedurfte auch keines Antrags des Antragstellers bei der Verwaltungsbehörde, ihm höhere Leistungen auszus zahlen, da der Antragsgegnerin bekannt war, dass bei dem Antragsteller die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorliegen. Der Antragsteller hat zwar bislang gegen die Versagung von Barleistungen über den Betrag von 80.000 DM hinaus keinen Widerspruch erhoben. Die Einlegung eines Widerspruches ist aber nicht Voraussetzung für die Zulässigkeit eines Antrages nach § 123 VwGO. Der Widerspruch muss lediglich noch möglich sein, die ablehnende Verwaltungsentscheidung darf noch nicht bestandskräftig sein (vgl. Schoch/Schmidt-Aßmann/Pietzner, VwGO, § 123 Rn. 106). Hier ist die Einlegung eines Widerspruches noch möglich, da die Widerspruchsfrist auch für den Bedarfszeitraum Juli 2000 noch offen ist. Mangels Rechtsbehelfsbelehrung endet die Widerspruchsfrist ein Jahr nach der Auszahlung des Barbetrages für Juli 2000 an den Antragsteller (§§ 70 Abs. 2, 58 Abs. 2 VwGO).

2. Der Hauptantrag hat teilweise Erfolg.

Nach § 123 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO - i. V. m. § 920 Zivilprozessordnung - ZPO - ergeht eine einstweilige Anordnung, wenn das Bestehen eines zu regelnden Anspruchs, der sogenannte Anordnungsanspruch, und die Dringlichkeit einer vorläufigen Entscheidung, der sogenannte Anordnungsgrund, glaubhaft sind.

a) Im vorliegenden Fall hat der Antragsteller einen Anspruch auf die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt in Form einer Geldleistung von mindestens 157,50 DM monatlich. Darüber hin-

Gemeinschaftsunterkunft der Bedarf für Ernährung, der hauswirtschaftliche Bedarf und die Aufwendungen für Körperpflege und Reinigung, mit Ausnahme fremder Dienstleistungen für die Körperpflege, durch die Gemeinschaftsunterbringung abgedeckt sind. Der Barbetrag dient deshalb in erster Linie der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens, wie der Bedürfnisse auf Erhaltung der Beziehungen mit der Umwelt, nach Information, zur allgemeinen Bildung sowie zur Teilnahme am kulturellen und politischen Leben im angemessenen Umfang. Hierzu gehören insbesondere Schreibmaterial, Post- und Telefongebühren, Aufwendungen für Verkehrsmittel, Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher, Besuche von Theater-, Kino- sowie Sportveranstaltungen und Genussmittel. Daneben muss der Barbetrag auch zur Bezahlung von Dienstleistungen für Körperpflege, insbesondere Friseurleistungen, ausreichen. Nach überschlägiger Rechnung ergeben sich gerundet 30 vom Hundert des Regelsatzes:

Beziehungen zur Umwelt	12,54 %
Teilnahme am kulturellen Leben	6,24 %
Sonstige persönliche Bedürfnisse	9,39 %
Dienstleistungen für die Körperpflege	<u>2,25 %</u>
	<u>30,42 %</u>

so dass sich ab Juli 2000 bei einem Regelsatz von 525,00 DM ein Barbetrag von 157,50 DM ergibt.

cc) Soweit der Antragsteller mit seinem Antrag die Gewährung von Geldleistungen statt Sachleistungen begehrt, hat er derzeit lediglich einen Anspruch auf die Verpflichtung der Antragsgeninin zur Neuverabscheidung mit vorläufiger Wirkung.

Die Leistungsgewährung steht insoweit im Ermessen der Antragsgeninin, die ihr Ermessen bislang nicht ermessensgerecht ausgeübt hat. Das Recht des Antragstellers auf ermessensfehlerfreie Entscheidung kann durch eine Regelung nach § 123 VwGO gesichert werden (VGH Bad.-Württ. DÖV 1997, 694 ff.; Kopf/Schenke, VwGO § 123 Rnm. 12, 28; Schoch/Schmidt-Ahmann/Pietzner, VwGO § 123 Rnm. 158 ff.). Dies gilt auch dann, wenn das Ermessen der Behörde noch offen ist, weil keine Ermessensreduzierung auf Null vorliegt und die Behörde bislang ihr Ermessen nicht oder nicht rechtmäßig ausgeübt hat. Eine einseitige Anordnung kann im Einzelfall auch auf Verpflichtung zur Neuverabscheidung mit vorläufiger Wirkung gerichtet

sein, wenn ein berechtigtes Interesse daran besteht, dass die Behörde möglichst frühzeitig eine (erneute) Ermessensentscheidung trifft (vgl. VGH Bad.-Württ., DÖV 1997, 694).

Im vorliegenden Fall hat der Antragsteller einen Anspruch aus § 2 Abs. 2 AsylbLG darauf, dass die Antragsgeninin auf Grund der örtlichen Umstände die Form der Leistung bestimmt. Diesen Anspruch hat die Antragsgeninin bislang nicht erfüllt.

Nach § 2 Abs. 2 AsylbLG bestimmt die zuständige Behörde die Form der Leistung an Leistungsberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften auf Grund der örtlichen Umstände. Die Vorschrift, die den §§ 4 Abs. 2, 22 BSHG hinsichtlich der Form der Leistungserbringung vorgeht, beseitigt den sonst nach dem BSHG geltenden Vorrang des Geldleistungsprinzips bei laufenden Leistungen und stellt die Form der Leistungsgewährung in das pflichtgemäße Ermessen der zuständigen Behörde. Die Ermessensentscheidung wurde hier von der Antragsgeninin unter Verweisung auf den Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 20.6.2000 getroffen, wonach in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Leistungsberechtigten, die die Voraussetzungen von § 2 AsylbLG erfüllen, Leistungen grundsätzlich als Sachleistungen zu gewähren sind und Geldleistungen nur nach Zustimmung des jeweiligen Regierungspräsidiums erfolgen dürfen. Die weisungsgemäße Anwendung des Erlasses stellt jedoch keine § 2 Abs. 2 AsylbLG genügende Ermessensentscheidung dar. Die in dem Erlass vorgesehene generelle Ermessenshandhabung widerspricht § 2 Abs. 2 AsylbLG. Die Norm verlangt, dass die zuständige Behörde über die Form der Leistung auf Grund der örtlichen Umstände befindet. Mit dieser Entscheidung des Gesetzgebers ist ein Erlass, der einen abstrakten, generellen, landeseinheitlichen und damit überörtlichen Vollzug der Bestimmung im Sinne des Vorrangs der Sachleistungsgewährung an alle in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Leistungsberechtigte festschreibt, nicht vereinbar. Vielmehr nimmt der Begriff „örtliche Umstände“ nach Wortlaut und Sinn und Zweck auf die Sachlage in der einzelnen Unterkunft in einer Gemeinde Bezug. Der Begriff „örtlich“ bezieht sich auf den Bereich der Gemeinde (vgl. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz - GG). Hintergrund der Regelung des § 2 Abs. 2 AsylbLG war, dass es nach dem In-Kraft-Treten des Asylbewerberleistungsgesetzes als Fassung im November 1993 in Gemeinschaftsunterkünften häufig zu sozialen Spannungen gekommen ist, die auch darauf beruhen, dass in derselben Einrichtung Sachleistungsempfänger und Geldleistungsempfänger untergebracht waren (vgl. Gemeinschaftskommentar zum AsylbLG, § 2 Rn. 201). Die Vorschrift in der neuen Fassung empfiehlt deshalb die zuständige Behörde, im Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhält-

steht ihm lediglich einen Anspruch auf vorläufige Neuverbescheidung seines Antrages auf Gewährung zu.

Die Antragseignerin ist richtiger Antragseigner. Sie ist sowohl zur Leistungsgewährung an den Antragsteller als auch zur Entscheidung über die Form der Leistungsgewährung gemäß §§ 2 Abs. 2, 10 Asylbewerberleistungsgesetz - AsylbLG - i. V. m. § 1 Abs. 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes - DVAsylbLG - vom 22.12.1993 (SächsGVBl. 1994 S. 100) zuständig. Hiernach sind für Leistungen an vollziehbar zur Ausreise verpflichtete Ausländer nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Entscheidung über die Form der Leistung unter anderem die Bürgermeisterämter der kreisfreien Städte zuständig. Der Antragsteller ist nach rechtskräftiger Ablehnung seines Asylantrages vollziehbar ausreisepflichtig (§ 38 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz - AsylVG, § 42 Ausländergesetz - AuslG).

b) Der Anspruch des Antragstellers auf Gewährung eines Barbetrages i. H. v. mindestens 157,50 DM folgt aus § 2 Abs. 1 und 2 AsylbLG i. V. m. §§ 11 Abs. 1, 12 Abs. 1, 21 Abs. 1, 120 Abs. 1 Bundessozialhilfegesetz - BSHG.

Nach diesen Vorschriften erhalten Leistungsberechtigte, die über eine Dauer von insgesamt 36 Monaten, frühestens beginnend am 1.6.1997, Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben, Leistungen in entsprechender Anwendung des Bundessozialhilfegesetzes, wenn die Ausreise nicht erfolgen kann und aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, weil humanitäre, rechtliche oder persönliche Gründe oder das öffentliche Interesse entgegenstehen. Bei Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft bestimmt die zuständige Behörde die Form der Leistung auf Grund der örtlichen Umstände.

Der Antragsteller gehört zu den Leistungsberechtigten i. S. v. § 2 Abs. 1 AsylbLG. Er erhält seit Juli 1997 Sachleistungen nach § 3 AsylbLG. Seine Ausreise kann derzeit nicht erfolgen und eine Abschiebung nicht vollzogen werden, weil er auf Grund seiner psychiatrischen Erkrankung und der damit verbundenen Suizidgefahr nicht reisefähig ist. Dass die Voraussetzungen von § 2 Abs. 1 AsylbLG gegeben sind, ist darüber hinaus zwischen den Beteiligten nicht streitig.

Der Antragsteller hat deshalb grundsätzlich Anspruch auf Leistungen entsprechend dem Bundessozialhilfegesetz. Über die Form der Leistungsgewährung entscheidet nach § 2 Abs. 2 AsylbLG die zuständige Behörde nach pflichtgemäßen Ermessen auf Grund der örtlichen Umstände. Das Ermessen des Leistungsträgers findet jedoch seine Grenze darin, dass er auch dem in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Ausländer einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung auszahlen muss (vgl. für Heim- und Anstaltsbewohner § 21 Abs. 3 BSHG). Dieser Barbetrag dient zur Deckung der Bedürfnisse, die auch bei einer Gemeinschaftsunterbringung nicht durch Sachleistungen befriedigt werden. Darüber hinaus ermöglicht der Barbetrag dem Ausländer ein Mindestmaß an Persönlichkeitsentfaltung.

Der Gesetzgeber ging im Asylbewerberleistungsgesetz davon aus, dass auch bei Deckung des notwendigen Bedarfs an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushaltes durch Sachleistungen (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 1) zur Deckung des hiervon nicht erfassten Bedarfs, nämlich der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens, ein Geldbetrag zu gewähren ist (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 3 AsylbLG). § 2 Abs. 2 AsylbLG ermöglicht dem Leistungsträger, Leistungsberechtigte nach § 2 Abs. 1 AsylbLG hinsichtlich der Form der Leistungserbringung Sachleistungsberechtigten nach § 3 AsylbLG gleichzustellen. Dazu, Leistungsberechtigten nach § 2 Abs. 1 AsylbLG auch zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens keine Geld-, sondern Sachleistungen zu gewähren, und sie damit gegenüber Sachleistungsberechtigten nach § 3 Abs. 1 AsylbLG schlechter zu stellen, ermächtigt § 2 Abs. 2 AsylbLG nicht.

Die Auszahlung eines Barbetrages ist auch von Verfassungen wegen geboten. Zur Führung eines menschenwürdigen Lebens (vgl. Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz - GG - sowie § 2 Abs. 1 AsylbLG i. V. m. § 1 Abs. 2 Satz 1 BSHG) gehört es, dass dem erwachsenen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, die Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens grundsätzlich frei zu gestalten. Bei Ausländern, die regelmäßig über kein weiteres Bargeld verfügen, sichert die Gewährung eines Barbetrages ein Mindestmaß an Persönlichkeitsentfaltung.

Die Höhe des zu gewährenden Barbetrages bezieht das Gericht bei dem volljährigen und allein stehenden Antragsteller auf rund 30 vom Hundert des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes. Das Gericht orientiert dabei an der Aufteilung des Statistik-Warenkorbs (vgl. die Darstellung in: Brühl, Albrecht, Mein Recht auf Sozialhilfe, S. 34 f.). Es geht davon aus, dass in einer

nisse die Leistungsform für die in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Leistungsberechtigten gegebenenfalls einheitlich zu regeln. Die Prognose, ob es zu sozialen Spannungen kommt, hängt von der einzelnen Unterkunft und ihrer Belegung ab. So kann es von Bedeutung sein, ob Asylbewerber, denen unterschiedliche Leistungen gewährt werden, in einem Raum, auf einem Stockwerk oder in einem Gebäude zusammenleben, ob es schon bisher zu Spannungen, zum Beispiel zwischen verschiedenen Volksgruppen oder innerhalb einer Volksgruppe gekommen ist oder ähnliches.

Die Antragsgegnerin hat deshalb eine erneute Ermessensentscheidung mit vorläufiger Wirkung zu treffen. Hierbei wird sie einerseits zu berücksichtigen haben, dass Leistungen entsprechend des Bundessozialhilfegesetzes es dem Empfänger ermöglichen sollen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 1 BSHG). Hierzu gehört grundsätzlich, dass dem erwachsenen Menschen die Möglichkeit gelassen wird, im Rahmen der ihm nach dem Gesetz zustehenden Mittel seine Bedarfsdeckung frei zu gestalten. Auf Grund dieser Überlegungen hat der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt grundsätzlich einen Anspruch darauf, dass ihm die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Geld gewährt wird (BVerwGE 72, 354 [356 f.]; SächsOVG, NVwZ-Beilage 1995, 25 [27]). Demgegenüber können befristete Spannungen, die sich daraus ergeben, dass in derselben Einrichtung Empfänger von Sachleistungen nach §§ 3 ff. AsylbLG und Geldleistungen nach § 2 Abs. 1 AsylbLG möglicherweise auf engem Raum gemeinsam untergebracht sind, dafür sprechen, in dieser Einrichtung die in § 3 Abs. 1 AsylbLG genannten Leistungen als Sachleistungen zu gewähren. Die Antragsgegnerin wird deshalb, sofern in der Gemeinschaftsunterkunft des Antragstellers auch Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG untergebracht sind, eine Prognose vorzunehmen haben, ob auf Grund der örtlichen Verhältnisse in der Gemeinschaftsunterkunft soziale Spannungen und Störungen des Hausfriedens zu befürchten sind. Schließlich wird sie die Interessen des Antragstellers und anderer Leistungsberechtigter nach § 2 Abs. 1 AsylbLG und die mögliche Gefährdung des sozialen Friedens in der Unterkunft gegeneinander abzuwägen haben.

b) Die Entscheidung ist sowohl im Hinblick auf die Auszahlung des Barbetrages an den Antragsteller als auch im Hinblick auf die Sicherung seines Anspruches auf eine Ermessensentscheidung erforderlich, da dem Antragsteller das Abwarten einer Hauptsachenscheidung nicht zumutbar ist.

c) Das Gericht begrenzt die Wirksamkeit der einstweiligen Anordnung, soweit sie die Auszahlung des Barbetrages betrifft, auf drei Monate, weil es davon ausgeht, dass die Antragsgegnerin innerhalb dieses Zeitraums über den Antrag des Antragstellers auf Gewährung von Geldleistungen durch Bescheid erneut entschieden haben wird. Hinsichtlich der geforderten vorläufigen Neuverbescheidung hält das Gericht eine Frist von zwei Wochen für sachgerecht und ausreichend.

d) Im Übrigen ist der Hauptantrag abzulehnen. Sofern eine Behörde ihr Ermessen noch nicht (rechtmäßig) ausgeübt hat, kommt zunächst grundsätzlich nur ein Anordnungsanspruch auf die Verpflichtung der Behörde zur (Neu-)Bescheidung in Betracht. Nur in Ausnahmefällen ist es geboten, zur Sicherung eines effektiven Rechtsschutzes die Behörde zu einem bestimmten Verhalten zu verpflichten. Hier ist es nach Auffassung der Kammer zur Sicherung des Anspruchs des Antragstellers auf eine Ermessensentscheidung der Antragsgegnerin derzeit gerechtfertigt aber auch ausreichend, diese zu einer vorläufigen Neuverbescheidung binnen kurzer Frist zu verpflichten.

Über den Hilfsantrag des Antragstellers ist nicht gesondert zu entscheiden, da er bereits in dem Hauptantrag enthalten ist. Mit dem Hauptantrag begehrt der Antragsteller die Gewährung von Geldleistungen in Regelsatzhöhe. Hierin ist als Weniger das Begehren enthalten, Teile dieser Regelsatzleistungen als Barbetrag oder erhöhtes Taschengeld zu erhalten.

Die Kostenentscheidung folgt §§ 155 Abs. 1 Satz 1, 188 Satz 2 VwGO.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss steht den Beteiligten die Beschwerde an das Sächsische Obergerverwaltungsgericht zu, wenn sie von diesem zugelassen wird. Der Antrag auf Zulassung der Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Verwaltungsgericht Leipzig, Rahmestraße 40, 04179 Leipzig, zu stellen. Er muss den angegriffenen Beschluss bezeichnen. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen, aus denen die Beschwerde zuzulassen ist.

Vor dem Obergerverwaltungsgericht muss sich jeder Beteiligte, soweit er einen Antrag stellt, durch einen Rechtsanwalt oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule als Bevollmächtigten vertreten lassen. Das gilt auch für den Antrag auf Zulassung der Beschwerde. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst vertreten lassen.

Schlichtung **Ausgabe** 18. Aug. 00

Leipzig, den

18. Aug. 00



Detmold